



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 26. April 2016
(OR. en)

8331/16

COASI 64
ASIE 23
CFSP/PESC 344
PE 49
ECOFIN 325
WTO 104
COHOM 35

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des Generalsekretärs der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	25. April 2016
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.:	JOIN(2016) 10 final
Betr.:	GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT SONDERVERWALTUNGSREGION HONGKONG: JAHRESBERICHT 2015

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument JOIN(2016) 10 final.

Anl.: JOIN(2016) 10 final



HOHE VERTRETERIN
DER UNION FÜR
AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK

Brüssel, den 25.4.2016
JOIN(2016) 10 final

**GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

SONDERVERWALTUNGSREGION HONGKONG: JAHRESBERICHT 2015

GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT

SONDERVERWALTUNGSREGION HONGKONG: JAHRESBERICHT 2015

Zusammenfassung

Seit der Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik China im Jahr 1997 verfolgen die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten aufmerksam die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong nach dem Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“. 1997 wurde gegenüber dem Europäischen Parlament die Verpflichtung eingegangen, jährlich einen Bericht über die Entwicklungen in Hongkong vorzulegen. Mit dem Jahresbericht 2015 wird der achtzehnte Bericht vorgelegt. Die EU verfolgt eine „Ein-China-Politik“ und unterstützt den Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ und dessen Anwendung.

In politischer Hinsicht war 2015 ein schwieriges Jahr für die SVR Hongkong und für die Anwendung des Grundsatzes „Ein Land – zwei Systeme“. Am 18. Juni lehnte der Legislativrat in einer Abstimmung den Vorschlag der Regierung zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Wahl des Regierungschefs ab 2017 ab. Das ablehnende Votum war der Schlusspunkt eines knapp 18 Monate langen Reformprozesses, der von hitzigen Debatten und – Ende 2014 – von Massendemonstrationen begleitet war, bei denen eine größere Demokratisierung des Wahlsystems gefordert wurde als im Beschluss des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses vom August 2014 vorgesehen war.

Die EU bedauert, dass die Hauptakteure im Rahmen der Wahlreform keinen Kompromiss erzielen konnten. Da die EU ein Interesse an der Zukunft von Hongkong hat, ermutigt die EU im Einklang mit dem Grundgesetz die SVR Hongkong und die zentralen Regierungsbehörden dazu, durch konstruktive Diskussionen die Reform des Wahlsystems wieder in Gang zu bringen und sich auf ein demokratisches, faires, offenes und transparentes Wahlsystem zu einigen. Das allgemeine Wahlrecht würde der Regierung eine stärkere Unterstützung der Öffentlichkeit verschaffen und ihr eine größere Legitimation bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen Ziele und der Bewältigung der sozialen Herausforderungen Hongkongs, wie etwa der Überwindung des sozio-ökonomischen Gefälles und des Generationenkonflikts innerhalb der Gesellschaft, verleihen.

Der Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ wurde Ende 2015 ernsthaft in Frage gestellt, als fünf Personen, darunter zwei EU-Bürger, verschwanden, die mit einem Buchverlag und einer Buchhandlung in Hongkong in Verbindung standen, die für den Druck und Verkauf zentralregierungskritischen Materials bekannt sind. Die Umstände des Verschwindens waren verdächtig; die fünfte Person, die aus dem Gebiet der SVR Hongkong verschwand, scheint, entführt worden zu sein.

Die EU vertritt die Auffassung, dass der Fall der fünf Buchverlage die größte Gefahr für das Grundgesetz von Hongkong und für den Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ seit der Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik China im Jahr 1997 darstellt. Der Fall wirft ernsthafte Fragen hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie im Hinblick auf die Anwendung des Strafrechts der VR China bei Handlungen auf, die

nach dem Recht von Hongkong nicht strafrechtlich geahndet werden. Er könnte sich dauerhaft auf die Rechtsstaatlichkeit Hongkongs und auf dessen Stellung als internationales Geschäftszentrum auswirken. Die EU fordert die Zentralregierung auf, die verfassungsrechtlichen Regelungen für die SVR Hongkong innerhalb der VR China uneingeschränkt zu achten und das Vertrauen der Einwohner Hongkongs sowie der internationalen Gemeinschaft in das Grundgesetz und den Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ wieder herzustellen.

Andere Aspekte des Grundsatzes „Ein Land – zwei Systeme“ wurden im Jahr 2015 weiterhin problemlos angewandt. Die Justiz demonstrierte weiterhin ihre Unabhängigkeit und wahrte konsequent das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren. Die Rechtsstaatlichkeit war nach wie vor Leitprinzip der Regierung, der Wirtschaftsteilnehmer und der Bevölkerung. Das entschlossene Vorgehen gegen Korruption wurde fortgesetzt, was u. a. durch das ordnungsgemäße Strafverfahren gegen den ehemaligen Regierungschef und die positiven Indikatoren für gute Regierungsführung unter Beweis gestellt wurde. Die Freiheit der Meinungsäußerung und die Informationsfreiheit werden in der Regel geachtet. Allerdings war bei Pressefreiheit und Pluralismus ein negativer Trend zu beobachten, der auf die Zurückhaltung und Selbstzensur der Medien bei der Berichterstattung über innen- und außenpolitische Entwicklungen in der VR China zurückzuführen war. Das Verschwinden der fünf Verleger dürfte diesen Trend verstärken. Die akademische Freiheit wird nach wie vor weitgehend geachtet; allerdings wird die institutionelle Autonomie der Hochschulen durch die Ernennung zentralregierungsfreundlicher Kandidaten als Mitglieder der Hochschulräte gefährdet.

Das System der freien Marktwirtschaft erwies sich weiterhin als effizient, und Hongkong behauptete sich als ein wettbewerbsstarkes internationales Wirtschaftszentrum und als weltweit wichtigste Drehscheibe für den Geschäftsverkehr mit Festlandchina. Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der transparente Rechtsrahmen, die geringe Korruption und Kriminalität trugen zusammen mit einer effizienten öffentlichen Verwaltung und einer unabhängigen Justiz zur Wahrung und Förderung des günstigen Investitionsklimas bei, das dem Erfolg Hongkongs zugrunde liegt. Das Festhalten an diesen Prinzipien ist für die Wettbewerbsfähigkeit Hongkongs von entscheidender Bedeutung. Dies gilt ebenfalls für den Erlass neuer Rechtsvorschriften über das Urheberrecht, den automatischen Austausch von Steuerinformationen und die Umsetzung der Verordnung zum Wettbewerbsrecht. Der Klimaschutz muss verstärkt werden, um im Einklang mit dem Ergebnis der COP21 die festgelegten Ziele im Hinblick auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft zu erreichen.

Politische Entwicklungen

Die Reform des Verfahrens für die Wahl des Regierungschefs, der 2014 von der Regierung der SVR Hongkong eingeleitet worden war, wurde im Juni 2015 abgeschlossen. Der Reformprozess umfasste zwei öffentliche Konsultationen und den Erlass eines Rahmenbeschlusses durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NPC) und war 79 Tage lang von massiven Straßenprotesten unter Federführung von Occupy begleitet. Im Einklang mit den Vorgaben des Ständigen Ausschusses des Nationalen

Volkskongresses übermittelte die Regierung der SVR dem Legislativrat einen Vorschlag für ein auf das allgemeine Wahlrecht gestütztes Wahlverfahren für bis zu drei von einem Ernennungsausschuss ausgewählten Kandidaten.

Pro-Demokratie-Gruppen wiesen den Vorschlag als „gefälschte Demokratie“ zurück, vor allem weil ihrer Ansicht nach die Einsetzung eines weitgehend aus zentralregierungsfreundlichen Mitglieder zusammengesetzten Ernennungsausschusses die Aufstellung pandemokratischer Kandidaten verhindern würde. Die Ergebnisse von Meinungsumfragen schwankten und deuteten zu keiner Zeit auf eine positive Einstellung der breiten Öffentlichkeit zu diesem Vorschlag hin. Die Versuche der Regierung, die Unterstützung der notwendigen Anzahl der prodemokratischen Mitglieder des Legislativrats für den Vorschlag zu gewinnen, misslangen. In einer turbulenten Abstimmung am 18. Juni wurde das Wahlrechtsreformpaket der Regierung durch eine Sperrminorität der prodemokratischen Mitglieder zu Fall gebracht.

Die EU bedauert, dass die Hauptakteure der Wahlreform keinen Kompromiss über die Reform des Verfahrens für die Wahl des Regierungschefs im Jahr 2017 erzielen konnten. Die EU hat ein Interesse an der Zukunft Hongkongs und hofft im Einklang mit dem Grundgesetz, das es Hongkong durch konstruktive Diskussionen gelingt, die Reform des Wahlsystems wieder in Gang zu setzen und eine Einigung über ein demokratisches, faires, offenes und transparentes Wahlsystem zu erzielen. Das allgemeine Wahlrecht würde der Regierung eine stärkere Unterstützung der Öffentlichkeit verschaffen und ihr eine größere Legitimation bei ihren Bemühungen um Verwirklichung der wirtschaftlichen Ziele und Bewältigung der sozialen Herausforderungen Hongkongs, wie etwa der Überwindung des sozio-ökonomischen Gefälles und des Generationenkonflikts innerhalb der Gesellschaft, verleihen.

Das politische Klima in Hongkong war nach wie vor durch eine starke Polarisierung zwischen dem regierungsnahen und dem prodemokratischen Lager gekennzeichnet. Die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative waren im Jahr 2015 weiterhin angespannt: Vertreter der Opposition initiierten eine Kampagne zur Verweigerung der Zusammenarbeit und setzten Verschleppungstaktiken ein, um Initiativen der Regierung zu verzögern. Das Verfahren zur Genehmigung der Einrichtung des neuen Innovationsbüros dauerte drei Jahre, und die Annahme des Entwurfs zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes wurde auf 2016 verschoben (der Entwurf wurde letztendlich abgelehnt). Durch diese Verschleppungstaktik wurde die Wirksamkeit der Entscheidungsfindung im Legislativrat und der Regierungsführung in Hongkong insgesamt ernsthaft beeinträchtigt. Zur Abhilfe müsste die Geschäftsordnung des Legislativrats überarbeitet werden.

Bei Wahlen zu den Bezirksräten im November war keine nennenswerte Verschiebung der Wählergunst zu verzeichnen. Allerding kam es zur Bildung mehrerer neuer politischer Gruppierungen und die Wähler stimmten lieber für neue junge Kandidaten als für etablierte. Eine neue Partei, die Neo-Demokaten, errangen 15 von den 16 Sitzen, um die sie sich bewarb. Die Wahlbeteiligung lag mit 47 % auf Rekordhöhe. Die Wahlen zu den Bezirksräten wurden in professioneller und fairer Weise abgehalten. Beide Seiten erhoben einige Vorwürfe wegen Stimmenkauf, doch die Wahlkommission wies diese als unbegründet zurück.

Beziehungen zwischen Hongkong und Festlandchina

Nach den Protesten der Occupy-Bewegung und dem Scheitern der Wahlreform befinden sich die Beziehungen zwischen Hongkong und dem Festland in einer schwierigen Phase. Ein erheblicher Teil der Gesellschaft in Hongkong ist über die allmähliche Aushöhlung der Autonomie Hongkongs innerhalb der Volksrepublik China und über die schwindende Achtung der Werte und der Lebensweise Hongkongs gemäß dem Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ ernsthaft besorgt. Die Verabschiedung des neuen nationalen Sicherheitsgesetzes am 1. Juli gab Anlass zu Besorgnis, da darin auch Hongkong ausdrücklich genannt wird. Dadurch entsteht die Gefahr, dass Handlungen von Einwohnern Hongkongs im Gebiet Hongkongs geahndet werden könnte, auch wenn sie nach dem Recht Hongkongs nicht strafbar sind.

Der Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ – wurde Ende 2015 ernsthaft in Frage gestellt, als fünf Personen, darunter zwei EU-Bürger, verschwanden, die mit einem Buchverlag und einer Buchhandlung in Hongkong in Verbindung standen, die zentralregierungskritische Veröffentlichungen verkaufen. Während vier dieser Personen zuletzt auf dem Festland oder, in einem Fall, in Thailand gesehen wurde, verschwand die fünfte Person aus dem Gebiet Hongkongs und scheint, entführt worden zu sein. Alle tauchten später auf dem Festland wieder auf und erklärten, dass sie auf freiwilliger Basis an offiziellen Ermittlungen mitwirken. Trotz wiederholter Ersuchen hochrangiger Beamten der SAR Hongkong sowie der EU und der internationalen Gemeinschaft um Informationen und Stellungnahmen haben die Behörden der VR China bisher keine glaubwürdige Erklärung geliefert.

Bei diesen Fällen handelt sich um gravierende Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Anlass zu großer Sorge im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit gemäß dem Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ und die Anwendung von Gesetzen der VR China bei Handlungen von Einwohnern Hongkongs im Gebiet Hongkongs durch die Behörden von Festlandchina geben. Die EU fordert die Zentralregierung auf, die verfassungsrechtlichen Regelungen für die SVR Hongkong innerhalb der VR China uneingeschränkt zu achten und das Vertrauen der Einwohner Hongkongs sowie der internationalen Gemeinschaft in das Grundgesetz und den Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ wieder herzustellen.

Auf gesellschaftlicher Ebene kam es erneut zu Spannungen zwischen Hongkong und dem Festland. Es gab Proteste und Gewaltausbrüche gegen Parallelhändler und Besucher aus der VR-China im Norden von Hongkong nahe der Grenze zum Festland, wo der Parallelhandel Engpässe bei der Versorgung mit Grundbedarfsgütern verursacht und die öffentlichen Infrastrukturen und Verkehrsmittel belastet. Für lokale Belange eintretende Gruppen forderten Politik und Wirtschaft auf, ihre Entscheidungen nicht an den Interessen der Geschäftswelt, sondern verstärkt an den lokalen Interessen Hongkongs auszurichten.

Rechtsstaatlichkeit und Justiz

Von den Bedenken im Zusammenhang mit den fünf verschwundenen Verlegern abgesehen wurde 2015 die Rechtsstaatlichkeit weiterhin geachtet und die hohen Justizstandards wurden gewahrt. Auf dem vom Weltwirtschaftsforum berechneten „Global Competitiveness Index

2015-2016“ rangierte Hongkong hinsichtlich der richterlichen Unabhängigkeit auf Platz 4 mit 6,3 von möglichen 7 Punkten. Im Rahmen des Projekts der Weltbank zum Thema Regierungsführung (Worldwide Governance Indicators) erzielte Hongkong im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit eine Note von 93,8 % (2014); Hongkong zählt seit 2003 zu den oberen 10 % der Länder.

Nach der Occupy-Kampagne von 2014 wurde eine kleine Zahl von Protestteilnehmern vor Gericht gestellt und verurteilt. Die ebenfalls verhafteten Anführer der Kampagne wurden verhaftet und gegen Kautionsfreigabe freigelassen. Sieben Polizeibeamte wurden beschuldigt, einen Demonstranten misshandelt zu haben; das Gerichtsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Der angeblich misshandelte Demonstrant wurde selber wegen Körperverletzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte angeklagt. Damit stellte der Staatsanwalt seine strikte Unparteilichkeit unter Beweis. Aus einigen Kreisen wurde Kritik am Tempo der Gerichtsverfahren laut. Es ist daher von grundlegender Bedeutung, dass bei den Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Occupy-Kampagne die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf ein faires Verfahren weiterhin geachtet werden.

Für einige Probleme wie z. B. die Schwierigkeiten bei der Bestellung von Richtern, den Mangel an Gerichtspersonal sowie die geringen Anwaltshonorare in Fällen, in denen Prozesskostenhilfe gewährt wird, insbesondere in Strafsachen, müssen Lösungen gefunden werden, um die Leistungsfähigkeit der Justiz zu wahren. Die Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz und die uneingeschränkte Achtung der Rechtsstaatlichkeit sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass es Hongkong gelingt, seine demokratische Glaubwürdigkeit, seinen Ruf als internationales Wirtschaftszentrum und seine zunehmend bedeutendere Rolle als internationales Zentrum für Schiedsgerichtsbarkeit und Schlichtung zu festigen.

Korruptionsbekämpfung

Trotz der Tatsache, dass die Zahl der Beschwerden wegen Korruption, die 2015 bei der Unabhängigen Kommission gegen Korruption (ICAC) eingereicht wurden, mit 2 800 um 18 % gegenüber 2014 anstieg und damit Rekordhöhe erreichte, galt die Korruption weiterhin als unter Kontrolle und das Korruptionsbekämpfungssystem erwies sich nach wie vor als robust und resilient. Es ist schwierig, aus dieser Steigerung Rückschlüsse zu ziehen, denn sie könnte auch auf verstärkte Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen oder auf eine verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit und eine größere Bereitschaft, Beschwerde einzureichen, zurückzuführen sein.

Am 5. Oktober wurde der ehemalige Regierungschef Donald Tsang wegen zweifacher Amtspflichtverletzung angeklagt. Damit ist er der dienstgradhöchste Beamte der SAR, der je strafrechtlich verfolgt wurde. An diesem Fall wird sich zeigen, ob die ICAC und die Justiz in der Lage sind, in prominenten Korruptionsfällen unabhängig, unparteiisch und frei von politischer Rücksichtnahme zu ermitteln und Recht zu sprechen. Behauptungen bezüglich eines nicht erklärten finanziellen Interesses des derzeitigen Regierungschefs werden derzeit untersucht. Diese Behauptungen veranlassten einige Mitglieder des Legislativrats dazu, einen

Antrag zur Änderung der Verordnung zur Prävention von Bestechung einzubringen, um den Geltungsbereich der Verordnung auf den jeweils amtierenden Regierungschef auszuweiten. Der Antrag wurde jedoch vom Legislativrat abgelehnt. Das allgemeine Fazit lautet jedoch, dass Hongkong sehr hohe Standards in Bezug auf Transparenz und Korruptionsbekämpfung aufweist. Die Behörden und die Spitzen von Politik und Wirtschaft haben erkannt, dass jede Minderung der Transparenz negative Auswirkungen auf die starke Stellung Hongkongs als internationales Geschäftszentrum, auch für Unternehmen auf dem Festland, hätte.

Chancengleichheit, gleiche Rechte und Freiheiten

Die Medien einschließlich der digitalen Medien konnten ihre Tätigkeit weiterhin weitgehend frei ausüben und vielfältige Auffassungen zum Ausdruck bringen. Dennoch entstand zunehmend der Eindruck – wie im Jahresbericht des Journalistenverbandes von Hongkong zum Ausdruck gebracht –, dass sowohl die Print- als auch die elektronischen Medien insbesondere bei der Berichterstattung über Angelegenheiten im Zusammenhang mit Festlandchina Selbstzensur ausübten. Außerdem wies der Verband darauf hin, dass einige digitale Medien konsequent von Pressekonferenzen ausgeschlossen wurden mit der Begründung, dass sie über keine Druckausgabe verfügten. Hinzu kam, dass die Regierung zunehmend dazu tendierte, Pressekonferenzen durch einseitige Kommunikationsformate zu ersetzen. Ausgehend von den Entwicklungen aus dem Jahr 2014 hat die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ auf ihrem Index der Pressefreiheit 2015 Hongkong um neun Plätze auf den 70. Platz herabgestuft, unter Hinweis auf Selbstzensur und den wachsenden Einfluss des Verbindungsbüros der Zentralregierung. Berichten zufolge haben Unternehmen mit engen Geschäftsbeziehungen zu Festlandchina ihre Werbung aus Medien zurückgezogen, die Peking kritisiert haben.

Nachdem Tonaufzeichnungen aus geschlossenen Sitzungen der Universität von Hongkong im Zusammenhang mit umstrittenen Ernennungen (siehe unten) durch undichte Stellen an die Öffentlichkeit gelangt waren, hat die Universität Medienberichte über vertrauliche Beratungen ihres Verwaltungsrates gerichtlich verbieten lassen. Diese einstweilige Verfügung wirft Fragen hinsichtlich der Pressefreiheit auf, denn einige Medien haben daraufhin ihre Berichterstattung zu diesem Thema eingestellt.

Im Dezember 2015 hat Alibaba, der chinesische Riese im Bereich des elektronischen Handels, die *South China Morning Post*, eine Jahrhundert alte englischsprachige Zeitung, aufgekauft. Nachdem Alibaba seine Absicht erklärt hatte, für eine objektive und „faire“ Berichterstattung über China zu sorgen, äußerten Journalistenverbände ihre Sorge, dass die redaktionelle Unabhängigkeit der Zeitung eingeschränkt werden könnte.

Das Verschwinden – unter verdächtigen Umständen – von fünf Personen, die mit einem Hongkonger Verlag in Verbindung standen, der Material veröffentlicht, in dem die Behörden von Festlandchina kritisiert werden, gab Anlass zu ernster Besorgnis über die Einschränkung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Meldungen zufolge haben einige Buchhandlungen danach regierungskritische Veröffentlichungen aus den Regalen genommen.

Die Meinungs-, Medien- und Informationsfreiheit bilden die Grundwerte Hongkongs nach dem Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ und sind ein wesentlicher Bestandteil der Stärke

Hongkongs als globales Geschäftszentrum. Die EU fordert alle Interessenträger auf, diese Werte zu bewahren.

Im Hinblick auf die **Freiheit der Wissenschaft** und die unabhängige Verwaltung der Hochschuleinrichtungen erlebte Hongkong 2015 eine große Kontroverse. Auslöser war die Entscheidung des Verwaltungsrats der Universität von Hongkong, den Kandidaten für den Posten des Vizekanzlers aufgrund seiner Verbindungen zu oppositionellen Gruppen abzielen. Die Entscheidung galt als Ergebnis politischer Einflussnahme auf implizite Anweisung der Regierung der SVR und löste Proteste gegen die Tendenz der Regierung der SVR, regierungsfreundliche Kandidaten als Mitglieder von Hochschulräten zu ernennen. Diese Praxis ist eine Gefahr für die unabhängige Hochschulverwaltung und könnte langfristig der akademischen Freiheit in Hongkong schaden. Die Kontroverse führte zu Forderungen nach Ablösung des Regierungschefs als Kanzler – von Amts wegen – sämtlicher Universitäten in Hongkong.

Hongkong verfügt weiterhin über kein umfassendes **Antidiskriminierungsgesetz**. Im Rahmen einer öffentlichen Konsultation über mögliche Lösungen, die von der Kommission für Chancengleichheit durchgeführt wurde, gingen 100 000 Eingaben ein. Die Kommission wird einen Bericht mit Empfehlungen zur Förderung der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender-Personen und Intersexuellen (LGBTI-Personen) durch gesetzgeberische und praktische Maßnahmen vorlegen. Die Rechtsvorschriften Hongkongs zu gleichgeschlechtlichen Eheschließungen und Eheschließungen von Transgender-Personen werden überarbeitet. Es kommt wiederholt zu Diskriminierungen wegen der sexuellen Orientierung.

Ausländische Hausangestellte, deren Zahl auf rund 300 000 beziffert wird, leiden weiterhin unter einem Mangel an Arbeits- und Sozialschutz. Zwei bestehende Gesetze über ausländische Hausangestellte enthalten besonders bedenkliche Bestimmungen: zum einen das Erfordernis, wonach Hausangestellte im Haushalt wohnen müssen, und zum zweiten die die „Zwei-Wochen“-Regel, wonach ausländische Hausangestellte innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf ihres Vertrags eine andere Anstellung finden müssen. Sonst können sie ausgewiesen werden. Im Dezember 2015 hat der Ausschuss der Vereinten Nationen gegen Folter die Regierung aufgefordert, die „Zwei-Wochen“-Regel abzuschaffen und ausländischen Hausangestellten zu ermöglichen, auch außerhalb des Haushalts zu wohnen. Die Organisationen der Zivilgesellschaft fordern eine inklusivere Regelung, die gesetzliche Bestimmungen über die tägliche Arbeitszeit und/oder Überstunden umfassen würde. Die Regierung von Hongkong hat bereits einige Verordnungen erlassen. Sie sehen u. a. einen Mindestlohn (der 2015 erhöht wurde), einen wöchentlichen Ruhetag sowie eine Obergrenze für die Vermittlungsgebühr vor, doch die Durchsetzung dieser Verordnungen bleibt eine offene Frage.

Der **Menschenhandel** gibt weiterhin Anlass zu Sorge, insbesondere in Ermangelung eines einheitlichen Rechts- und Politikrahmens. Die Regierung der SVR hat eine Task Force eingesetzt, die dieses Problem angehen und dabei mit der EU und anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft zusammenarbeiten soll.

Wirtschaftliche Entwicklungen

2015 hat Hongkong bei einer Reihe globaler Wirtschaftserhebungen weiterhin gut abgeschnitten. Laut UNCTAD¹ belegte Hongkong in Bezug auf die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen (ADI) den zweiten Platz und verzeichnete 2014 ADI-Zuflüsse von 103 Mrd. USD, was im Jahresvergleich einen Anstieg von 39 % bedeutete. Damit rangierte Hongkong nur hinter China und noch vor den USA, dem Vereinigten Königreich und Singapur. Auch im Hinblick auf ADI-Abflüsse stand Hongkong mit 143 Mrd. USD an zweiter Stelle – hinter den USA, aber vor China, Japan und Deutschland. Hongkong konnte außerdem seinen fünften Platz im Weltbankbericht „Doing Business 2016“ aus dem Jahr 2015 behaupten.

2015 wies die Wirtschaft Hongkongs ein moderates Wachstum um real 2,4 % auf². Das Wachstum war in erster Linie auf eine robuste Inlandsnachfrage zurückzuführen, die sich auf Vollbeschäftigung und Einkommenswachstum stützte. Die Arbeitslosigkeit lag das ganze Jahr über bei oder unter 3,3 %. Die Verbraucherpreisinflation erreichte 2015 nur 3 %. Bei der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen wurde infolge der Abkühlung der chinesischen Konjunktur und des gedämpften Wachstums in einigen wichtigen Exportmärkten, darunter der EU, kein so gutes Gesamtergebnis wie im Vorjahr erzielt.

Der Tourismussektor verzeichnete ein gemischtes Ergebnis. Der Trend hin zu mehr Besuchern kehrte sich gegen Ende des Jahres um, als die Zahl der chinesischen Touristen, auf die mehr als drei Viertel der gesamten Gästeankünfte entfallen, zurück ging (Rückgang um insgesamt um 3 % im Jahr 2015). Damit wurde der erste Rückgang seit Lockerung der Visabestimmungen für Besucher vom chinesischen Festland im Jahr 2003 verzeichnet. Er hatte negative Auswirkungen auf den Einzelhandel. So ging beispielsweise der Umsatz bei Schmuck, Uhren und wertvollen Geschenken im Jahr 2015 deutlich zurück. Die durchwachsene Leistung der Tourismus- und Einzelhandelsbranche war auch auf den starken Hongkong-Dollar und das entschlossene Vorgehen der chinesischen Regierung gegen Korruption zurückzuführen. Im April erließ der chinesische Staatsrat einen Beschluss, um die Reisen von Einwohnern von Shenzhen nach Hongkong auf ein Mal wöchentlich zu begrenzen mit dem Ziel, der wachsenden Unzufriedenheit in Hongkong über die häufigen Einkaufsfahrten von Einwohnern des chinesischen Festlands entgegenzuwirken und Hindernisse für Parallelhändler, die die Grenze überqueren, zu schaffen.

1. Vgl. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), World Investment Report (WIR) 2015 (veröffentlicht am 24. Juni 2015).

² Soweit nicht anders angegeben, stammen alle auf Hongkongs Wirtschaft bezogenen Wirtschaftsindikatoren vom Hong Kong Census and Statistics Department.

Der florierende Finanzsektor war weiterhin eine der tragenden Säulen der Wirtschaft Hongkongs. Im Jahr 2015 konnte Hongkong 2015 seine Spitzenposition als weltweit führender Markt für öffentliche Erstemissionen (IPO) wiedererringen. Der Wert der IPO lag bei 260 Mrd. HK\$³, wobei mehr als 90 % aller aufgebrauchten Mittel auf Unternehmen auf dem Festland und der Rest auf in Hongkong ansässige Unternehmen entfielen. Während die Zentralregierung einige umstrittene Maßnahmen eingeführt, um in den Monaten nach Juni 2015 die Volatilität der Aktienmärkte wieder unter Kontrolle zu bringen, zeichnete sich die Börse Hongkongs als sicherster und effizientester Markt für den Handel mit chinesischen Aktien aus. Hongkong gelang es außerdem, 2015 zum größten Offshore-Zentrum für RMB-Geschäfte (RMB-Einlagen⁴ und Handelstransaktionen) zu werden. Die Regulierungsbehörden und der Finanzsektor Hongkongs waren nach wie vor zuversichtlich, dass die Stadt ihren Vorsprung im RMB-Geschäft behaupten und in der Lage sein wird, der zunehmenden Konkurrenz durch andere internationale Finanzzentren standzuhalten.

Im Hinblick auf die Governance des Finanzsektors kam der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht in seiner ersten Bewertung Hongkongs zu dem Ergebnis, dass der Regelungsrahmen für die risikobasierte Kapital- und Liquiditätsabdeckung mit Basel III im Einklang steht und Hongkong in 12 der 13 Bewertungskategorien die Anforderungen erfüllt. In der einen Kategorie, die das Erfordernis der vierteljährlichen Offenlegung von Daten über Kapital und Liquidität durch die Banken betraf, war der Ausschuss der Ansicht, dass die HKMA „größtenteils“ die Anforderungen erfüllt.

Zur Minderung der Risiken für den Bankensektor leitete die HKMA am 27. Februar eine neue Runde von Aufsichtsmaßnahmen bei Hypothekendarlehen ein. Trotz der zahmen Reaktion des Marktes, vor allem gegen Ende 2015, erklärte der Regierungschef, dass die Regierung an den seit 2012 ergriffenen Abkühlungsmaßnahmen festhalten und zur Linderung der Wohnungsnot weitere Baufläche zur Verfügungen stellen wird. In Erwartung einer deutlichen Anhebung des Leitzinssatzes durch die US Federal Reserve verlangsamte sich der Anstieg der Preise für Wohnimmobilien im dritten Quartal, im letzten Quartal 2015 gingen die Preise sogar zurück.

Hongkong war weiterhin ein Testfeld für die Reform des chinesischen Kapitalmarkts und erlebte die Einführung neuer politischer Initiativen. Die Einführung der Regelung für die gegenseitige Anerkennung von Fonds zwischen Hongkong und China war dabei ein besonderer Meilenstein. Am 22. Mai unterzeichneten die Aufsichts- und Regulierungskommissionen von Hongkong und China eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der gegenseitigen Anerkennung von Fonds zwischen Hongkong und dem Festland. Diese Vereinbarung sieht vor, dass die für diese Regelung in Betracht kommenden Fonds in Hongkong und China im Rahmen eines gestrafften Überprüfungsverfahrens Zugang

³ Deloitte, 2015 Review und 2016 Outlook of Hong Kong and Chinese Mainland IPO Markets, 21. Dezember 2015.

⁴ Der Währungsbehörde Hongkongs (Hongkong Monetary Authority – HKMA) zufolge beliefen sich die RMB-Einlagen Ende 2015 auf insgesamt 1 010 Mrd. RMB (einschließlich RMB-Kundeneinlagen und Einlagenzertifikaten).

zum jeweils anderen Markt bekommen. Damit könnten bis zu rund 850 chinesische Fonds auf dem Markt von Hongkong und rund 100 Hongkong-Fonds auf den chinesischen Märkten auftreten und auf der jeweils anderen Seite Produkte mit einem Gesamtwert von bis zu 300 Mrd. RMB verkaufen. Diese historische Entwicklung wird zur weiteren Öffnung der chinesischen Kapitalmärkte und zur Stärkung der Position Hongkongs als Drehscheibe für die Vermögensverwaltung in Asien beitragen. Mit kurzer Verspätung erhielten die ersten dreizehn Festland-Fonds und drei Hongkong-Fonds im Dezember die Genehmigung zum öffentlichen Zeichnungsangebot – fünf Monate, nachdem das Programm offiziell gestartet wurde.

Die im November 2014 eingerichtete Börsenverbund Shanghai-Hongkong (Shanghai-Hong Kong Stock Connect) erlebte ein erstes Geschäftsjahr, das von extremer Marktvolatilität geprägt war. Dieses Pilotprojekt ist ein bedeutender Durchbruch bei der Öffnung der chinesischen Kapitalmärkte und dient als Vorbild für Aktienmarktverbindungen zwischen China und anderen internationalen Finanzzentren. Es bietet Investoren vom chinesischen Festland besseren Zugang zu den internationalen Märkten und ermöglicht es internationalen Anlegern, über Hongkong A-Aktien chinesischer Unternehmen zu kaufen. Allerdings blieb das Handelsvolumen des Börsenverbunds im ersten Geschäftsjahr hinter den Erwartungen zurück, zum Teil infolge der Volatilität auf den chinesischen Aktienmärkten im Sommer 2015. Die Einführung einer ähnlichen Regelung mit Shenzhen (Shenzhen-Hong Kong Stock Connect), ursprünglich für 2015 geplant, wurde verschoben.

Hongkong genießt zwar als Vorreiter Wettbewerbsvorteile, sieht sich jedoch den den chinesischen Kapitalmärkten innewohnenden Risiken in Bezug auf Volatilität und Aufsicht ausgesetzt. Die Herausforderung für die Hongkonger Behörden besteht darin, mit diesen Risiken umzugehen und gleichzeitig aus der privilegierten Stellung Hongkongs Kapital zu schlagen. In einer Zeit, in der China schrittweise seine Kapitalmärkte liberalisiert und seinen Regelungsrahmen modernisiert, sieht sich Hongkong außerdem mit zunehmender Konkurrenz durch die Märkte von Shanghai und Shenzhen konfrontiert.

Die strategische Dimension der Wirtschaftsbeziehungen mit China ist im Jahr 2015 immer wichtiger geworden. Hongkong positioniert sich als Plattform, die China bei der Umsetzung seiner Strategie „Go Global“ unterstützen kann. Es findet auch aktiv in seine Rolle im Rahmen der nationalen Strategie der „One Belt, One Road“⁵ (OBOR), die der chinesische Präsidenten Xi Jinping im Jahr 2013 vorstellte. Nach den Vorstellungen der Regierung Hongkongs soll die SAR zu einer Drehscheibe für Finanzierung und Vermögensverwaltung sowie zu einem Zentrum der Streitbeilegung für die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) werden. Die Wirtschaft Hongkongs wurde aufgefordert, die mit der Initiative „OBOR“ verbundenen Chancen zu nutzen. Es steht nämlich zu erwarten, dass sie langfristig zu einem

⁵ Die Maßnahmen „Wirtschaftsgürtel Seidenstraße“ und „Maritime Seidenstraße für das 21. Jahrhundert“ sind die wichtigsten Komponenten der Initiative „One Belt, One Road“-Initiative, die eine umfassende Entwicklungsstrategie mit Schwerpunkt auf Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Ländern Eurasiens darstellt. Ziel sind vor allem der Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur dieser Länder.

wichtigen Wachstumsmotor wird. Hongkong hat seine Absicht bekundet, der AIIB zu gegebener Zeit als nichtstaatliches Mitglied beizutreten.

Am 27. November 2015 wurde im Rahmen der Vereinbarung über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft (CEPA) ein neues Abkommen zwischen der Regierung von Hongkong und dem chinesischen Handelsministerium über den Handel mit Dienstleistungen unterzeichnet. Beim Inkrafttreten des Abkommens am 1. Juni 2016 wird China in 153 der 160 WTO-Dienstleistungssektoren seinen Markt ganz oder teilweise für die Dienstleistungsbranche Hongkongs öffnen. Mit dieser Regelung wird das 2011 von China angekündigte Ziel erreicht, bis Ende des 12. Fünfjahresplans für eine grundlegende Liberalisierung des Dienstleistungshandels zu sorgen. Hongkong ist ebenfalls gut positioniert, um auf der Grundlage der im Abkommen enthaltenen Bestimmungen über die „Meistbegünstigung“ von den präferenziellen Liberalisierungsmaßnahmen China zu profitieren⁶. Das CEPA-Rahmenabkommen wurde im Jahr 2003 unterzeichnet. Zwischen 2004 und 2013 kam es zum Abschluss von 10 ergänzenden Abkommen. Im Dezember 2014 wurde im Rahmen des CEPA das Abkommen von Guangdong über die grundlegende Liberalisierung des Dienstleistungshandels mit Hongkong unterzeichnet.

Im Außenbereich sind die Verhandlungen zwischen Hongkong und dem ASEAN über ein Freihandelsabkommen, die im Juli 2014 eingeleitet wurden, in die fünfte Runde getreten. Neben dem CEPA mit China hat Hongkong drei weitere Freihandelsabkommen mit Handelspartnern – Neuseeland, der Europäischen Freihandelsassoziation und Chile – unterzeichnet. Hongkong leitete 2015 eine Konsultation zu einem Freihandelsabkommen mit Macau ein.

Sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor stand die Wettbewerbsfähigkeit weiterhin oben auf der Tagesordnung. Führende Regierungs- und Wirtschaftsvertreter erörterten die Optionen für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Hongkongs. Eines der wichtigsten wiederkehrenden Themen dabei war „Innovation“. Das im November 2015 eingerichtete Büro für Innovation und Technologie soll die Innovationskampagne leiten.

2015 wurde eine Reihe von Regulierungsmaßnahmen ergriffen, um ein wettbewerbsförderliches Umfeld für Unternehmen zu gewährleisten und die Regulierungsstandards Hongkongs an die internationale Praxis anzugleichen. Am 10. Juli hat der Legislativrat ein Gesetz verabschiedet, um eine neue unabhängige Aufsichtsbehörde für den Versicherungssektor einzurichten und damit das Amt des Kommissars für Versicherungen zu ersetzen. Die neue Behörde verfügt über erweiterte Befugnisse in den Bereichen Verbraucherschutz und Beaufsichtigung von Versicherungsvermittlern. Dies entspricht den internationalen bewährten Verfahren, nach denen die Finanzaufsicht finanziell und operativ unabhängig von der Regierung sein sollte, und stellt einen wichtigen Schritt dar.

⁶ Nach der Meistbegünstigungsklausel dieses Abkommens wird China jede einem anderen Land oder einer anderen Region gewährte Vorzugsbehandlung, die über die im CEPA vorgesehene Präferenzregelung hinausgeht, auch Hongkong einräumen.

Auf der Grundlage der im Juli 2014 erlassenen OECD-Norm hat die Regierung Hongkongs darüber Vorschläge erstellt, wie Hongkong per Gesetz die Pflicht zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten einführen kann. Ziel dabei ist es, Anfang 2016 einen Änderungsantrag im Legislativrat einzubringen, damit bis Ende 2018 mit dem Datenaustausch begonnen werden kann. Allerdings hat Hongkong noch nicht seine Bereitschaft bestätigt, dem umfassenden multilateralen Übereinkommen der OECD und des Europarats über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen beizutreten. Folglich ist er auch dem damit verknüpften Multilateralen Übereinkommen über gemeinsame Meldestandards der zuständigen Behörden (Common Reporting Standard Multilateral Competent Authority Agreement, CRS-MCAA) noch nicht beigetreten, das sämtliche EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet haben. Das CRS-MCAA sieht ein relativ einfaches bilaterales Aktivierungsverfahren vor und bietet eine geeignete Rechtsgrundlage für die tatsächliche und wirksame Umsetzung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen des OECD-Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zwischen allen Partnern, da es langwierige bilaterale Verhandlungen überflüssig macht.

Die Regierung hat inzwischen sämtliche mit der 2012 erlassenen Wettbewerbsverordnung verbundenen Durchführungsvorschriften angenommen. Damit konnte die Verordnung am 14. Dezember 2015 uneingeschränkt in Kraft treten. Zu den vorangegangenen Schritten zählte die Einrichtung der Wettbewerbskommission und des Wettbewerbsgerichts im Jahr 2013. Die Hongkonger Wettbewerbsverordnung lehnt sich stark an das Wettbewerbsrecht der EU an. Allerdings umfasst der derzeitige Rechtsrahmen nicht die Kontrolle von Zusammenschlüssen und Übernahmen.

Hongkong bemüht sich um Modernisierung seines Urheberrechts, das hinter den internationalen Standards hinterher hinkt und Schlupflöcher aufweist, die den Kampf gegen die Internet-Piraterie erschweren. Die Aktualisierung des geltenden Rechts ist umso wichtiger, wenn Hongkong zu einer Drehscheibe für geistiges Eigentum werden will. Der Entwurf zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes wurde dem Legislativrat im Juni 2014 mit dem Ziel vorgelegt, das Gesetzgebungsverfahren bis Ende 2015 abzuschließen. Infolge öffentlicher Proteste gegen die angeblichen Auswirkungen auf die Meinungs- und Informationsfreiheit und der Verschleppungstaktik einiger Abgeordneter im Legislativrat konnte das Gesetz jedoch nicht verabschiedet werden. In Hongkong werden immense Infrastrukturvorhaben durchgeführt, um den künftigen Bedarf decken zu können. Mehrere von ihnen, darunter die Schnellbahntrasse zwischen Hongkong und Guangzhou und die Brückenverbindung Hongkong-Zhuhai-Macau, leiden unter Verzögerungen und Budgetüberschreitungen, was zu hitzigen politischen Debatten im Legislativrat geführt hat. Der Bau einer dritten Start- und Landebahn am Internationalen Flughafen Hongkong hat Bedenken der Öffentlichkeit hinsichtlich der Nutzung des Luftraums und der möglichen Umweltauswirkungen ausgelöst. Die Start- und Landebahn wird von der Flughafenbehörde finanziert werden und die Einführung einer Abfluggebühr für Passagiere erfordern.

Die Regierung hat die Armutsgrenze den aktuellen Daten angepasst. Die Zahl der Armen liegt bei 1 324 800 und die Armutsquote bei 19,6 %. Angesicht der raschen Alterung der Bevölkerung wird die Armutsbekämpfung zunehmend zu einem Hauptthema werden. Am Ende des Jahres

kündigte der Finanzminister an, dass zum 1. Januar 2016 ein zunächst mit 219,7 Mrd. HK\$ ausgestatteter „Zukunftsfond“ eingerichtet werden soll, um den künftigen Bedarf an höheren Ausgaben zu decken. Es handelt sich dabei um ein langfristig angelegtes Sparprogramm, bei dem Auszahlungen bis 2025 nur im Notfall zulässig sind.

Im Bereich des Umweltschutzes wurde der Energieeinsparungsplan 2015 verabschiedet. Ziel ist eine Reduzierung der Energieintensität um 40 % bis zum Jahr 2025 mit besonderem Schwerpunkt auf dem Bausektor. Noch ambitioniertere Emissionsziele für den Energiesektor sind im fünften technischen Vermerk für die Zuteilung von Emissionszertifikaten enthalten. Eine weitere positive Entwicklung im Umweltbereich ist der Erlass der Verordnung zur Bekämpfung der Luftverschmutzung, die die Verwendung umweltfreundlicherer Schiffskraftstoffe für Hochseeschiffe vorschreibt. Der mit 1 Mrd. ausgestattete Recycling-Fonds wurde für Finanzierungsanträge geöffnet - die ersten Zuschüsse sollen im März 2016 vergeben werden. Die Einrichtung des Fonds war bereits 2014 angekündigt und im Juli 2015 vom Legislativrat genehmigt worden. Ziel ist neben der Steigerung der Quantität und Qualität der Wiederverwertung die Verringerung der Belastung für die Mülldeponien Hongkongs. Was den Klimawandel betrifft, so wurde im November im Vorfeld der entscheidenden Verhandlungen in Paris (COP21) der Hongkong-Bericht über den Klimawandel 2015 vorgelegt. Darin wurde hervorgehoben, dass der Klimawandel zwar eine große Herausforderung darstellt, jedoch auch eine Chance zur Verbesserung der Lebensqualität in Hongkong bietet.

BILATERALE BEZIEHUNGEN UND ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EU UND HONGKONG IM JAHR 2015

Die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Hongkong haben im Jahr 2015 weiter gedeiht. Wie in den Vorjahren war die EU nach Festlandchina der zweitgrößte Handelspartner Hongkongs⁷, während Hongkong im Warenverkehr an 15. Stelle der wichtigsten Handelspartner der EU (noch vor viel größeren Drittländern wie Indonesien, Malaysia, Südafrika, Thailand und Vietnam) rangierte und im Dienstleistungsverkehr zu den zwanzig wichtigsten Handelspartner der EU zählte.

Im bilateralen Warenhandel zwischen der EU und Hongkong war 2015 ein leichtes Wachstum auf 50 Mrd. EUR zu verzeichnen. Dabei erzielte die EU einen Handelsbilanzüberschuss von 21 Mrd. EUR⁸. 2014 (letzte verfügbare Daten) belief sich der bilaterale Handel mit Dienstleistungen auf 21,5 Mrd. EUR. Dabei ergab sich für die EU ein geringes Handelsbilanzdefizit von 0,1 Mrd. EUR. Mit insgesamt 2029 Unternehmen stellt die EU weiter den größten Anteil der ausländischen Unternehmen in Hongkong⁹. EU-Unternehmen gehören zu den wichtigsten Akteuren im Bereich der Finanz- und

⁷ Das Ranking basiert auf der vom Hong Kong Census and Statistics Department veröffentlichten Handelsstatistik.

⁸ Quelle: Eurostat: Datenbank Comext.

⁹ Quelle: Jährliche Unternehmensumfrage 2015 des Hong Kong Census and Statistics Department unter Unternehmen in Hongkong, die Muttergesellschaften mit Sitz außerhalb Hongkongs vertreten.

Unternehmensdienstleistungen und sind in einem breiten Spektrum von Sektoren tätig, darunter Handel, Logistik, Baugewerbe und Einzelhandel.

Die Investitionsströme zwischen der EU und Hongkong sind ebenfalls sehr positiv. Die EU ist nach wie vor die drittgrößte Quelle ausländischer Direktinvestitionen in Hongkong – nach den Britischen Jungferninseln und Festlandchina. Hongkong zählt zu den zwanzig wichtigsten Investoren in der EU. Im Jahr 2014 (letzte verfügbare Daten) beliefen sich die ADI-Abflüsse aus der EU nach Hongkong auf 5,8 Mrd. EUR; die Zuflüsse von Direktinvestitionen aus Hongkong in die EU betragen 2,1 Mrd. EUR. Damit rangierte Hongkong bei den FDI-Zuflüssen auf Platz 13 und bei den ADI-Abflüssen in die EU-28 auf Platz 12. Sowohl bei den Abflüssen als auch bei den Zuflüssen war im Jahr 2014 ein deutlicher Rückgang (im Vergleich zu 2013) zu verzeichnen. Die gesamten Direktinvestitionen der EU in Hongkong erreichten zum Jahresende 2014 eine Höhe von 106 Mrd. EUR, die Direktinvestitionen Hongkongs in der EU beliefen sich im selben Zeitraum auf 71 Mrd. EUR.

Als Plattform für den Zugang zu Festlandchina bietet Hongkong Wirtschaftsteilnehmern aus der EU hochwertige Chancen. Mit einer beträchtlichen Anzahl von Unternehmen aus der EU, die im Rahmen der Vereinbarung über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft (CEPA) zwischen Hongkong und Festlandchina als „Dienstleistungsanbieter mit Sitz in Hongkong“ registriert sind, zählt die EU zu den führenden Herkunftsregionen ausländischer Unternehmen, die die CEPA nutzen. Angesichts des Potenzials, das die CEPA bietet, wollen die EU und Hongkong gemeinsam ausloten, wie sich diese Chancen für EU-Unternehmen und -Anleger bestmöglich nutzen lassen.

Am 26. November 2015 fand in Hongkong das neunte Treffen im Rahmen des strukturierten Dialogs EU-Hongkong statt. Die beiden Seiten erörterten ein breites Spektrum von Themen und ermittelten Bereiche für eine weitere Zusammenarbeit, darunter insbesondere Handel mit und Schutz von Rechten des geistigen Eigentums, Finanzdienstleistungen, Umwelt- und Klimaschutz, Jugendaustausch sowie Forschung und Innovation. Sie einigten sich darauf, die Investitions- und Handelsbeziehungen zu stärken und Möglichkeiten für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Investitionsabkommen zu prüfen. Sie führten einen Meinungsaustausch zu Regulierungsfragen, u. a. in den Bereichen Lebensmittelsicherheit und öffentliches Auftragswesen, und kamen überein, weiterhin auf ein besseres Verständnis der Anliegen und Prioritäten des jeweils anderen Partners und auf einen besseren Marktzugang hinzuarbeiten.

Im Jahr 2015 besuchten viele hochrangige Vertreter der EU-Organe Hongkong. Im November stattete Lord Jonathan Hill, EU-Kommissar für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion, Hongkong einen Besuch ab. Er traf mit Finanzminister John Tsang, zahlreichen weiteren Amtsträgern Hongkongs und Vertretern dort tätiger europäischer Unternehmen zusammen. Alle drei Leiter der Behörden, die das Europäische System der Finanzaufsicht bilden (Europäische Bankenaufsichtsbehörde, Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde und Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung), besuchten Hongkong im Laufe des Jahres 2015. Der EU-Sonderbeauftragte für Menschenrechte, Stavros Lambrinidis,

besuchte Hongkong im November, wie auch der geschäftsführende Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus, Klaus Regling. Der Präsident des Europäischen Forschungsrates, Jean-Pierre Bourguignon, war im Dezember in Hongkong. Eine Reihe von Generaldirektoren und anderen hochrangigen Beamten der Europäischen Kommission besuchte Hongkong im Laufe des Jahres.

Im Mai besuchte die Generalsekretärin der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong, Carrie Lam, Brüssel, wo sie Gespräche mit zwei Mitgliedern der Europäischen Kommission führte. Im November besuchte der Finanzminister John Tsang eine Reihe von EU-Mitgliedstaaten. Der Bildungsminister Eddie Ng Hak-kim, der Minister für Finanzdienstleistungen und Schatzamt Prof. K. C. Chan und der Minister für Handel und wirtschaftliche Entwicklung Gregory So hielten sich 2015 ebenfalls in Brüssel zu Gesprächen auf.

Im Zollbereich wurde 2015 die Zusammenarbeit zwischen der EU und Hongkong weiter intensiviert. Im April unterzeichneten sie einen Aktionsplan zur weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit im Zollbereich, insbesondere bei der Bekämpfung des internationalen Handels mit Waren, die Rechte des geistigen Eigentums verletzen, in der gesamten Lieferkette, unter anderem durch den Austausch statistischer Daten und von Daten über die Zurückhaltung von Waren. Im Rahmen des Aktionsplans wurde im Oktober ein sechsmonatiges Pilotprojekt eingeleitet, um sowohl den Austausch und die Analyse der Daten als auch die Arbeitsverfahren zu erproben. Schwerpunkt des Pilotprojekts ist der Luftverkehr, Teilnehmer sind fünf EU-Flughäfen (London Heathrow, Paris Roissy CDG, Mailand-Malpensa, Amsterdam-Schiphol und Lüttich Bierset). Ebenfalls im April vereinbarten die Parteien, weiterhin auf die gegenseitige Anerkennung zugelassener Wirtschaftsbeteiligter zwischen der EU und Hongkong hinzuarbeiten. Zudem setzten die EU und Hongkong ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Pilotprojekts „Intelligente und sichere Handelswege“ fort, dem sich Hongkong 2013 anschloss und das auf die Förderung sicherer Handelswege zwischen Europa und Asien abzielt.

Im Bereich Forschung und Innovation war 2015 ein entscheidendes Jahr für die Beziehungen zwischen der EU und Hongkong. Im November haben der Hongkonger Rat für Forschungsstipendien und die Europäische Kommission eine bahnbrechende Einigung auf ein Kooperationsprogramm für Forschung und Innovation erzielt, die die Kofinanzierung von Forschungsvorhaben in Hongkong aus Mitteln des EU-Forschungsrahmenprogramms „Horizont 2020“ ermöglicht. Mit einer jährlichen Mittelausstattung von 9 Mio. HK\$ für Forscher in Hongkong wird dieses Programm dazu beitragen, die Beziehungen zwischen den Forschungsgemeinschaften der EU und Hongkongs in Bereichen von beiderseitigem Interesse zu stärken und dadurch wissenschaftliche und technischen Ergebnisse von Weltrang zu erzielen, die zu neuen und innovativen Technologien führen.

Am 17. Juni 2015 veröffentlichte die Kommission erstmals eine Zusammenstellung der Drittländer, die von den Mitgliedstaaten zu Steuerzwecken als nicht regelkonform oder als nicht kooperationsbereit eingestuft und entsprechend aufgelistet wurden. Dies ist Teil der

auswärtigen Maßnahmen der EU zur Bekämpfung von Steuervermeidung durch Unternehmen. Damit sollen einerseits die nationalen Verfahren zur Aufnahme von Drittländern in entsprechende Listen transparenter und andererseits Drittländer dazu ermutigt werden, mit den Mitgliedstaaten im Hinblick auf ein verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich zusammenzuarbeiten. Die vollständige konsolidierte Fassung der Liste wurde ins Internet gestellt und dem Aktionsplan der Kommission für eine faire und effiziente Unternehmensbesteuerung in der EU eine Liste der am häufigsten aufgelisteten Drittländer beigelegt. Als Reaktion auf die Bedenken Hongkongs (und anderer Drittländer) hat die Europäische Kommission im Oktober eine aktualisierte Online-Fassung der Liste veröffentlicht¹⁰. Durch diese Aktualisierung wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass viele der Drittländer, darunter auch Hongkong, aktiv an der OECD-Agenda für Transparenz und Informationsaustausch mitgewirkt und sich auch zur Anwendung des neuen globalen Standards der OECD für den automatischen Austausch von Informationen verpflichtet hatten. Wie die aktualisierte Online-Fassung zeigte, stand Hongkong nur noch bei acht Mitgliedstaaten aus der Liste (früher bei zehn). Dies war auf eine Änderung der Methoden der Mitgliedstaaten zur Bewertung des verantwortungsvollen Handelns von Drittstaaten im Steuerbereich, auf Berichtigungen der nationalen Listen sowie auf die Entscheidung Estlands zurückzuführen, ihre nationale Liste insgesamt zurückzunehmen.

Hongkong hat 13 umfassende Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zwei Abkommen über den Austausch steuerrelevanter Informationen mit EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet. Mit drei weiteren Mitgliedstaaten laufen noch die Verhandlungen.

Die Geschäftsinteressen europäischer Unternehmen in Hongkong werden von der Europäischen Handelskammer (ECC) vertreten, die als Dachorganisation 15 europäische Handelskammern mit Sitz in Hongkong und eine Handelskammer in Macau repräsentiert. Die ECC verfügt über fünf sektorale „Wirtschaftsräte“ (Kraftfahrzeuge; Markenschutz; Energie und Umwelt; Finanzdienstleistungen; Information, Kommunikation und Technologie). In Zusammenarbeit mit den EU-Büros in Hongkong und Macao führt die ECC eine Vielzahl von Aktivitäten durch, die zum Ziel haben, den Dialog mit der Regierung zu erleichtern und die Wirtschaftsinteressen der EU zu fördern. Die ECC arbeitete weiter an der Umsetzung des „European Union Business Information Programme“ (EUBIP), mit dem die Wirtschaftspartnerschaft und die Unternehmenszusammenarbeit mit Hongkong und Macau intensiviert und eine stärkere und besser koordinierte Vertretung der Wirtschaftsinteressen der EU in Hongkong und Macau erreicht werden soll.

Die diplomatischen Vertretungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in Hongkong engagierten sich weiter dafür, der EU in der SVR mehr Profil zu verleihen. Zu diesem Zweck organisierte das EU-Büro in Hongkong eine Reihe von Treffen zwischen den Leitern der Vertretungen der EU-Mitgliedstaaten und führenden Mitgliedern der Regierung Hongkongs, des Legislativrats und der Justiz sowie weiteren führenden Persönlichkeiten, u. a. aus der Geschäftswelt.

¹⁰ Im Januar 2016 nahm die Europäische Kommission im Zusammenhang mit dem Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Steuervermeidung eine offizielle Aktualisierung der EU-Liste vor.

Mit Blick auf die Konferenz über das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC COP 21) in Paris im Dezember waren die EU und ihre Mitgliedstaaten 2015 im Bereich der „Klimadiplomatie“ besonders aktiv. In Zusammenarbeit mit den Behörden Hongkongs, der Zivilgesellschaft und Unternehmensorganisationen wurde eine Reihe von Veranstaltungen, Seminaren und Konferenzen organisiert. Daneben wurden mehrere Meinungsartikel in den wichtigsten Medien und in Newslettern veröffentlicht, um die Bedeutung des globalen Klimaschutzes und die positive Rolle Hongkongs als Megacity und Finanzdrehscheibe hervorzuheben.

Zusammen mit lokalen Partnern setzten sich die diplomatischen Vertretungen und Kulturinstitute der EU durch zahlreiche Aktivitäten für direkte Kontakte der Menschen untereinander ein. Zu den herausragenden Veranstaltungen zählten das EU-Filmfestival, der Stand der EU auf einer großen Hochschulmesse, der EU-Sprachentag sowie ein Kalenderwettbewerb für Schulen. Die EU hofft darauf, diese Dynamik nutzen zu können, um ihre Zusammenarbeit mit der Regierung, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zur Förderung des Gedankenaustauschs über Rechte und Freiheiten fortzuführen.

Das „EU Academic Programme Hong Kong“ (EUAP), ein Konsortium, zu dem sich die Hong Kong Baptist University, die University of Hong Kong, die Chinese University of Hong Kong und die Lingnan University zusammengeschlossen haben, engagierte sich weiter für die Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und Hongkong durch wissenschaftliche Arbeit und die Vernetzung mit Partnern auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene. Im Rahmen des EUAP wurde eine Reihe von Veranstaltung, einschließlich Konferenzen und Seminaren, und Fallstudien zum Themen „intelligente Städte in Europa“ eingeleitet. Außerdem trat das EUAP als Gastgeber der „Model EU“ auf, einer Simulation, bei der Studierende in die Rolle von Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten bei einer Tagung des Europäischen Rates schlüpfen.
